



Ein Innovationstreiber im Dreiländereck: der Pharmakonzern Roche mit seinen Türmen in Basel

Die Qualität des Staates zählt

Roches früherer Chef warnt: Die Schweiz dürfe sich im globalen Wettbewerb nicht mit dem OECD-Mittelmaß zufriedengeben. Garantien für Standortvorteile gebe es nicht. „Man muss paranoid bleiben.“

■ Von Oliver Vosti

BASEL Die Praxis kann durchaus die Erkenntnisse der Wissenschaft bestätigen. Das zeigte sich bei einem Gespräch, organisiert vom Zentrum für Internationale Wirtschaft und Business (CIEB) der Universität Basel. Stefanie Stantcheva, Professorin für Politische Ökonomie an der Harvard University, und Severin Schwan, ehemaliger Vorstandschef und aktueller Verwaltungsratspräsident des Schweizer Pharmakonzerns Roche, diskutierten. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Innovation und Steuern zusammenhängen. Innovationen – also neue Güter, die am Markt erfolgreich sind, oder Prozessveränderungen, die nachhaltig das Produktionsniveau steigern – sind Treiber wirtschaftlicher Entwicklung und des technologischen Fortschritts. Doch wie kann Innovation staatlich gefördert werden, und in welchem Zusammenhang steht sie mit

der Besteuerung?

Stantcheva zeigte, dass höhere Unternehmenssteuern zu Standortwechseln von Unternehmen führen können. Die Gesamtzahl der Patente verändert sich aber nicht. Doch entscheidend ist vielmehr die Qualität der öffentlichen Leistungen: Eine hohe Lebensqualität und gute Infrastruktur können die negativen Effekte höherer Steuern abfedern. Politik erhält hier die Chance, über öffentliche Leistungen Standortanreize zu setzen. Zur Stärkung der These betonte die Harvard-Professorin, dass regionale Ökosysteme trotz Steuererhöhungen nicht unbedingt von Abwanderung betroffen sind. Die Basler Politiker konnten sich somit kurz entspannt zurücklehnen. Basel ist bekannt als internationaler Pharma-Standort.

Schwan lobte Stantcheva und freute sich, dass die Wissenschaft empirisch bestätige, was man in der Praxis täglich beobachte: Besteuerung sei zwar ein wichtiger Faktor, aber beileibe nicht das einzige Entscheidungskriterium. Wenn andere Rahmenbedingungen stimmten, etwa Infrastruktur, Forschung, politische Stabilität und hohe Qualität anderer staatlicher Leistungen, seien Unternehmen bereit, auch höhere Steuern zu akzeptieren. Schwan warnte jedoch davor, dass sich die Schweiz zurücklehnt: Politische Entscheidungen, die Innovation stärken,

hielten die Wettbewerbsfähigkeit aufrecht. „Wir sollten paranoid sein“, unterstrich der ehemalige Roche-CEO im Bezug auf die mögliche Standortverlagerung von Großkonzernen. Er riet den lokalen Politikern, dass „man sich mit den Spitzenreitern vergleichen muss anstatt mit dem Mittelmaß“.

Christian Rutzer, stellvertretender Leiter des CIEB sagte: „Einerseits steigt der Druck auf den Mittelstand und kleinere Gemeinden, sich anzupassen. Andererseits eröffnet die Nähe zu einem starken Standort Chancen, etwa als spezialisierte Zulieferer oder Innovationspartner in globalen Wertschöpfungsketten.“ Er unterstrich, dass die Nähe zu Basel für kleinere Gemeinden und Unternehmen ein entscheidender Vorteil sei. Basel fungiere damit auch für Südbaden als Türöffner zum internationalen Markt. Gleichzeitig bleibe aber die Tatsache bestehen, dass internationale Konzerne mobil sind, während viele mittelständische Betriebe regional gebunden bleiben. „Ist eine Region für globale Konzerne attraktiv, verschärft sie nicht nur den internationalen Wettbewerb um Talente, sondern auch den Wettbewerb um lokale Fachkräfte“, fügte Rutzer hinzu. Dies führe zu hohen Löhnen, die jedoch nicht ausschließlich als Kostenfaktor wirkten, sondern lokale Unternehmen dazu drängten, innovativer, effizienter und spezialisierter zu werden.